

Vorwort

an Betroffene, Verantwortliche und Schuldige

"Was wir unseren Kindern schuldig bleiben!"
=====

- dies erfahren Sie auf den folgenden Seiten durch Zahlen, Statistiken und viele Belege. Was dort allgemein und - wie es scheint - unverbindlich dokumentiert wird, ereignet sich ähnlich oder genau so an Ihrem Ort, an der Schule Ihres Kindes und damit unter Ihrer Verantwortung.

Was geschieht zum Schulanfang 1971?

Ihr Kind kommt im August oder September 1971 zur Schule. Als Schulanfänger beginnt es seinen Schulweg mit hohen Erwartungen und großer Lernbereitschaft. Diese Erwartungen können erfüllt, sie können aber auch enttäuscht werden. Wir geben dem Kind die Antwort mit der Schule, die wir ihm geben.

Dort kann es so aussehen, wie das obere Bild es andeutet. Unter solchen Bedingungen ist es schwer, die Lust am Lernen zu erhalten und soziale Bezüge zu entfalten. Solche Schule muß wirken wie ein Entzug geistiger und sozialer Freiheit mit lebenslänglicher Wirkung.

Die Kinderschule einer demokratischen Gesellschaft kann aber auch so werden, wie das untere Bild es verspricht. Dann eröffnet sie dem Kind einen Raum, in dem es seine Freiheit gewinnen und Freundschaft erfahren darf.

So oder so - mit diesen ersten Erfahrungen zeichnen wir dem Kind ein Stück und damit die Richtung seines Lebensweges vor. Es ist ein Vorgriff auf das Morgen, bei dem es schon heute erlebt, wie es später einmal in unserer Gesellschaft zugehen wird: Ob man sich nur äußeren Zwängen zu fügen hat oder die Selbstbestimmung wahrzunehmen lernt, ob man gerecht oder ungerecht, ob man sozial oder unsozial in dieser Gesellschaft handelt und behandelt wird.

Die Verantwortung liegt bei den Erwachsenen!

Darum sollte jeder an seinem Ort und an der Schule seines Kindes oder seiner Nachbarschaft nachprüfen, ob wir unseren Kindern das geben, was wir ihnen schuldig sind. Bevor wir uns von dem allgemeinen, sollten wir uns von dem örtlichen Notstand der Grundschule überzeugen.

Ein sicherer Maßstab: Das Unterrichtspotential

Was jede Mutter weiß, gilt auch für die Schule - besonders für ihren Anfang: Wo Zeit und Zuwendung - hier für das Kind, dort für den Schüler - gegeben sind, können beide geistig wachsen. Fehlt es daran, so leidet das Kind Mangel.

Wieviel Zeit also hat die Lehrerin, der Lehrer für jeden einzelnen Schulanfänger? Im europäischen Mittel steht für 24 Kinder der Grundschule in der Regel ein Lehrer mit 25 bis 28 Wochenstunden zur Verfügung; in der BRD gibt es Klassen, in denen für 50 Schulanfänger 14 Wochenstunden - also nur eine "halbe Lehrkraft" - "eingesetzt" wird. In den ersten Schuljahren eines so fortschrittlichen Landes wie Hessen kommen im Durchschnitt immer noch 54 Kinder auf eine "volle Lehrkraft" - und in anderen Bundesländern sieht es noch schlimmer aus! In höheren Klassen wird es anders und besser; das hat u.a. auch politische und sozialgeschichtliche Gründe.

Solche Benachteiligung der "Kleinen" und Unmündigen ist verkehrt; stellen Sie diese Verhältnisse für Ihre und die anderen Kinder wieder richtig; dann verwirklichen Sie ein wenig von der viel besprochenen Demokratisierung der Schule.

Die Mindestforderung heißt:

Soviel Kinder in der Klasse - ,

soviel Wochenstunden müssen für sie zur Verfügung stehen!

Ist diese erste aller folgenden Voraussetzungen für einen guten Schulanfang 1971 in Ihrem Ort, an Ihrer Schule, für alle Grundschüler ebenso gegeben, wie sie für die höheren Schüler doch als selbstverständlich gilt?

Die Rechnung ist einfach:

$$\frac{\text{Erteilte Schulstunden in der Woche}}{\text{Schülerzahl in der Grundschulklasse}} = \dots$$

Erhalten Sie als Ergebnis ≥ 1 oder gar mehr (28 Wochenstunden : 25 Schüler = 1,12), dann dürfen die Kinder dieser Klasse einen guten Schulanfang erwarten.

Bleiben Sie mit dem Ergebnis unter ≥ 1 (16 Wochenstunden : 48 Schüler = 0,33), dann wissen Sie, daß Sie Ihrem Kind unter diesen Bedingungen einen schlechten Schulanfang bereiten. Wo das Kind um zwei Drittel seines Minimal-Anspruches an die Schule von den Erwachsenen geprellt wird, da kann auch die beste Lehrerin nicht mehr helfen.

Was können Sie tun? Tragen Sie bitte Ihre soeben durchgeführte Rechnung auf die dieser Schrift beigegefügte Karte "Notstandskartei der Grundschule in der BRD" ein und schicken Sie diese an den "Arbeitskreis Grundschule e.V." in Frankfurt. Die Mitteilungen - bisher liegen rund 4 000 vor - werden genutzt, um die Öffentlichkeit über die Vernachlässigung Ihrer Kinder in der Grundschule aufzuklären und politische Maßnahmen zur Verbesserung zu bewirken.

Außerdem finden Sie in diesem Band noch ein Flugblatt. Es soll die Öffentlichkeit darüber aufklären, was die Gesellschaft ihren Kindern schuldig bleibt. Zum Schulanfang sollte dieses Flugblatt allen Eltern von Abc-Schützen, bei anderer Gelegenheit aber auch allen anderen Erwachsenen zur Kenntnis gegeben werden.

Eine entsprechende Anzahl von Flugblättern, die Sie für solche Aufklärung benötigen, können Sie auf der beigegeführten Karte beim Arbeitskreis Grundschule e.V. zum Selbstkostenpreis von 0,01 DM bestellen.

Initiativen und Aktionen - durch Sie!

Was Sie so vor Ort feststellen, wird sich leider in den meisten Fällen mit den Belegen decken, die in dieser Schrift zum Notstand der Grundschule zusammengetragen worden sind. Von den vielen Symptomen des Notstandes haben wir mit der Frage nach dem "Unterrichtspotential" nur eins, aber das bedeutendste Kennzeichen herausgegriffen. Es steht für viele andere: Lehrmangel, Lehrerbildung, Stundenausfall, Schulbau-richtlinien, Lehrpläne und manches mehr, was den Notstand der Grundschule verstärkt. Die eine Aussage aber zum Unterrichtspotential der Grundschulklassen an Ihrem Ort ist typisch und allgemein gültig: Im Falle eines Defizits dürfen Sie dies als eine gültige und nicht abzuwehrende Herausforderung an Ihre Verantwortung auffassen und annehmen.

Im einzelnen belegen dies die differenzierenden Untersuchungen zum Notstand der Grundschule, so unterschiedlich sie nach Anlage, Inhalt und Methode sein mögen. Die Skala reicht von einer wissenschaftlich exakten und repräsentativen Untersuchung des Seminars für Grundschuldidaktik an der Frankfurter Universität über die Auswertungen von Statistiken einzelner Länder sowie Erhebungen des "Arbeitskreises Grundschule e.V." zu seiner "Notstandskartei" bis zu Situations-schilderungen und Hilferufen von Eltern wie Lehrern, die ihren Kindern unter solchen schulischen Verhältnissen allein nicht mehr zu helfen vermochten.

Diese Vielfarbigkeit der mitgeteilten Tatbestände bedingt einen Verzicht auf wissenschaftliche Akribie. Das ist hier kein Verlust, sondern ein Gewinn; zeigt sich doch gerade in solcher Vielfalt, daß es sich um ein Problem handelt, welches offensichtlich alle Eltern und Lehrer, aber auch die meisten politisch interessierten Staatsbürger betrifft und betroffen macht, weil hier eine begründete wie notwendige Veränderung der Schule bisher schuldhaft unterblieben ist.

Aus solcher Einsicht sind an vielen Orten der Bundesrepublik schon im letzten Jahr Bürgerinitiativen von Eltern und Lehrern entstanden mit dem Ziel, diese Veränderungen anzubahnen

und durchzusetzen. Die vorliegende Schrift versucht, solche Wege zur Überwindung des Notstandes in der Grundschule nachzuzeichnen, Anregungen wie Beispiele zu vermitteln und politische Konsequenzen zu erwirken. Die Entstehung der Schrift selbst gibt dafür ein gutes Beispiel:

Als im Wintersemester 1968/69 die Studenten bemüht waren, eine Änderung ihres Studiums mit dem Ziel einer wirklichen Schulreform durchzusetzen, bildete sich im Seminar für Grundschuldidaktik eine Arbeitsgruppe, welche die realen Bedingungen ihrer späteren Berufstätigkeit feststellen wollte. Das Ergebnis vermittelt einen beschämenden Eindruck von der Grundschule, welche die Erwachsenen ihren Kindern zumuten. Ähnlich enthüllende Untersuchungen lagen bis zu diesem Zeitpunkt nicht vor, vielleicht aus dem gleichen Grund, aus dem es öffentliche Stellen und Stiftungen mit formalen Begründungen ablehnten, diese Untersuchung zu finanzieren. So brachten die Studierenden und Mitglieder des "Arbeitskreises Grundschule" die erforderlichen Mittel zur Finanzierung der Untersuchung selbst auf.

Ähnliche Initiativen und Aktionen "Verändert die Grundschule - jetzt!" sind in der Folgezeit vielerorts eingeleitet worden. Der Grundschulkongreß 1969 in Frankfurt gab einen nachhaltigen Anstoß; Bemühungen um die inhaltliche Reform der alten Schreib-Lese- und Vorbereitungsschule wurden von der Lehrerschaft vorangetragen, und was die Kultusministerkonferenz in ihren Empfehlungen vom 2. Juli 1970 nur versprach, das setzte die Eltern-Lehrer-Initiative "Aktion Kleine Klasse" in Frankfurt wenigstens für ein Jahr und damit beispielgebend und herausfordernd durch: Kein erstes Schuljahr mit mehr als 25 Kindern!

Wege zur Überwindung des Notstandes

Solch Werdegang bestimmt die Funktion dieser Schrift: Sie soll Einsicht in den Notstand der Grundschule vermitteln, damit die im Widerspruch zur erziehungswissenschaftlichen Einsicht wie zum politischen Willen stehende Benachteiligung

dieser Schulstufe der gesamten Öffentlichkeit endlich bewußt wird.

Erst dann werden die Wege zur Überwindung dieses Notstandes erfolgreich eingeschlagen werden. Dazu ist Mitarbeit erforderlich. Wir bitten Sie um folgendes:

1. Es geht um Aufklärung.

Helfen Sie bitte mit, daß diese vom "Arbeitskreis Grundschule e.V." zum Selbstkostenpreis herausgegebene Schrift in die Hände aller Eltern und Lehrer von Grundschulkindern, aber auch der Schulverwaltungsbeamten sowie der politisch Verantwortlichen in Gemeinde, Kreis und Land kommt. (Eine Bestellkarte ist beigelegt.)

2. Es geht um Einsicht.

Die diskriminierenden äußeren Bedingungen für junge Schüler in unserem Bildungswesen werden nur dann als unerträglich empfunden werden, wenn Einsichten in die sozialgeschichtlichen Ursprünge dieser Benachteiligung und in die Lernmöglichkeiten dieser Altersstufe gewonnen werden. Veranstalten Sie Elternsprechabende, Diskussionen mit Pädagogen, Psychologen, Soziologen und Ärzten, gründen Sie mit den Lehrern ihrer Kinder "Elternschulen"!

3. Es geht um Solidarisierung.

Als einzelner vermögen Sie für Ihr Kind nichts zu erreichen. Wenn sich aber die Eltern eines ersten Schuljahres, noch besser einer Grundschule zusammentun und mit den Mitteln demokratischer Meinungsbildung in die Öffentlichkeit wirken, dann stellen sie einen politischen Faktor dar, der eine Veränderung zugunsten der Kinder bewirken kann, und sei es, daß man im Verfügungsrahmen der Schule den Anspruch der Sechsjährigen bei der Verteilung von Unterrichtsmitteln und Unterrichtspotential ebenso und nicht wie bisher nur halb so berücksichtigt wie den der Sechzehnjährigen. Mit einer "Gesamtoberschule" ist wenig erreicht, wenn deren Fundament brüchig bleibt.

4. Es geht um politische Konsequenzen.

Beispiele zeigen, was gemeinsame Initiativen von Eltern und Lehrern zu bewirken vermögen. Daß man die Kleinen so klein hält, hat seine sozialgeschichtlichen Gründe in der Vergangenheit; daß es in der Gegenwart auch in der Demokratie noch so bleibt, liegt zu einem Teil daran, daß diese Kleinen und Unmündigen nicht selbst ihr - doch prinzipiell gleiches - Bürgerrecht auf Bildung vertreten und mit demokratischen Mitteln - auch dem der Demonstration - durchzusetzen vermögen. Eltern und Lehrer der vier Millionen Grundschul Kinder haben daher als deren politische Deligierte zu handeln; wie schlecht aber die acht Millionen Erwachsene diesem ihrem politischen Auftrag bisher nachgekommen sind, belegt eindrucksvoll der Notstand der Grundschule und diese Schrift.

Wo solch Auftrag aber wahrgenommen wird, ergeben sich erstaunliche politische Konsequenzen: Haushaltspläne werden verändert, Lehrmittel anders verteilt, Kinderspielplätze gebaut, halbe Beamtenstellen für verheiratete Lehrerinnen geschaffen, Ausbildungsstätten für Schulkassistenten eingerichtet usw., usw. Auch in Ihrer Schule und in Ihrer Gemeinde können Sie die eine oder andere Konsequenz zugunsten der politisch von Ihnen zu vertretenden Kinder bewirken. So stellte die Stadt Frankfurt zu Beginn des Schuljahres 1970 eine Million Mark bereit, um Verbesserungen für die ersten Klassen ihrer Schulen zu ermöglichen.

5. Es geht um eine "offene Schule", für die alle Erwachsenen verantwortlich sind.

Schulen in einer demokratischen Gesellschaft sind keine Isolierstationen, in denen man die Kinder zur Aufbewahrung bei Lehrern und zur Entlastung der Eltern abgibt; sie sind Einrichtungen, für deren äußere Bedingungen wie innere und inhaltliche Gestaltung die gesamte Gesellschaft verantwortlich ist. Mit den Lehrern auf allen Schulstufen als den Fachleuten für Erziehung und Unterricht werden

in Zukunft mehr und mehr Menschen aus anderen Berufen und die Eltern selbst zusammenarbeiten, um den Bildungsanspruch der Heranwachsenden zu erfüllen. Das erfordert vor allem auch Ihre Mitwirkung und Mitbestimmung in der Schule, die in der Demokratie als eine "offene Schule" zu verwirklichen ist.

Es bedeutet aber auch Verzicht der Erwachsenen zugunsten der Kinder und der eigenen Zukunft. Dieser Verzicht - sei es durch Neuverteilung der öffentlichen Mittel oder durch eine individuell zu errichtende Bildungssteuer - dürfte den meisten Erwachsenen nicht schwer fallen, und seine Notwendigkeit wird jedem einsichtig, wenn man die Zahlen dieser Schrift zur Kenntnis nimmt.

Wo die staatliche Verwaltung in Verkennung der wahren Bedürfnisse der Heranwachsenden verbessernde Maßnahmen nicht selbst einleitet, werden sich in Zukunft mehr und mehr Elterninitiativen und Schulgemeinden auch mit der Forderung nach eigenen Schulgründungen zu Wort melden. Eltern, die notfalls bereit sind, für die Schulbildung ihrer Kinder das zu ermöglichen, was der Staat diesen versagt, dürfen in einer demokratischen Gesellschaft nicht daran gehindert werden, dieses Bedürfnis durch Aufwendung vor zusätzlichen Mitteln zu verwirklichen. Es gibt nur eine eingrenzende Bedingung - die der sozialen Gerechtigkeit.

Durch sie verbietet es sich, daß nur nach Einkommen und Bildungswillen der Eltern ausgelesene Kinder in den Genuß solcher privaten Basis-Initiativen kommen; das Bewußtsein sozialer Verpflichtung gerade gegenüber Heranwachsenden, die aufgrund der von ihnen nicht zu verantwortenden gesellschaftlichen Bedingungen in Rückstand geraten sind, wird bei solchen Initiativen vielmehr den Einschluß besonders dieser Kinder zu bewirken haben.

Die letzten zwanzig Jahre lehren, daß eine, der wissenschaftlichen Einsicht wie dem politischen Willen entsprechende Veränderung der Grundschule "von Staatswegen" nicht erfolgt.

Darüber können auch Reformpläne nicht hinwegtäuschen, die, statt die bereits vorhandene Schule für Kinder wenigstens erträglich zu gestalten, nur schwer einzulösende Wechsel auf eine Schule der Zukunft ausstellen.

In der demokratischen Gesellschaft jedoch bleibt der Weg offen, auf dem durch Initiativen von unten verändernde politische Entscheidungen bewirkt, Maßnahmen der Verwaltung kontrolliert und gesellschaftliche Versäumnisse zuungunsten einer Bevölkerungsgruppe - hier die Kinder - korrigiert werden können.

Zu solchen Initiativen will diese Schrift beitragen, indem sie die bisher weithin verschleierte Realität der Grundstufe unseres Schulwesens offenlegt, damit zugleich neue Einsichten vermittelt und zu Veränderungen herausfordert.

Ziel ist eine Schulreform von unten, durch welche die Sechsjährigen und alle Grundschüler endlich eine Schule erhalten, auf die sie seit langem Anspruch haben, um die sie jedoch von den Erwachsenen bisher geprellt worden sind.

Arbeitskreis Grundschule e.V.